

PRESSEMITTEILUNG

PRESSEMITTEILUNG

Bildungspolitik

Nr. 389/16 vom 01. September 2016

Heike Franzen: Die Ministerin blendet jedes Problem aus

Die bildungspolitische Sprecherin der CDU-Fraktion im Schleswig-Holsteinischen Landtag, Heike Franzen, hat Bildungsministerin Britta Ernst nach deren heutiger (01. September 2016) Pressekonferenz vorgeworfen, jedes Problem auszublenden:

„Antworten gibt Ernst nur auf die Fragen, die ihr gefallen. Sie kann unangenehmen Fragen vielleicht ausweichen, aber die ungelösten Probleme werden sie einholen“, erklärte Franzen in Kiel.

So fehlten der Bildungsministerin bis zu einer 100-prozentigen Unterrichtsversorgung noch fast 900 Lehrerstellen. Das sei aus der amtlichen Schulstatistik einfach zu errechnen. „Wenn die Bildungsministerin solche Zahlen nicht präsent hat, dann ist es schlicht ein Armutszeugnis. Wie will sie auf der Grundlage über zusätzliche Stellen mit der Finanzministerin verhandeln?“, fragte Franzen.

Über den tatsächlichen Unterrichtsausfall könne die Ministerin bis heute keine Aussage treffen. Die Erfassung des Unterrichtsausfalls erfolge immer noch nicht transparent und für alle einsehbar. „Wenn ich Schulen besuche, dann sind die Klagen über Unterrichtsausfall immer noch das drängendste Thema. Ernst ist und bleibt den Nachweis schuldig, dass die Unterrichtsversorgung sich in der Praxis verbessert hat“, so Franzen.

Auch zur Frage, wie sie den zunehmenden Fachlehrkräftemangel lösen wolle – Beispiel 500 fehlende Mathelehrer in den kommenden Jahren – bleibe Ernst stumm. Der bestehende und sich aufgrund der Reform der Lehrkräfteausbildung verschärfende Mangel an Sonderpädagogen werde von der Bildungsministerin ebenfalls ignoriert. Das an allen Schulen brennende Problem der Inklusion sei mit der Einführung von Schülern anders als von Ernst behauptet verschärft worden.

„Hier malt sich die Ministerin die Welt genau so schön, wie mit ihrer wirklich lächerlichen Aussage, dass die Beteiligung von gerade einmal 13!!!! Schulen am Schulfeedback eine gute Nachfrage ist“, sagte die CDU-Bildungspolitikern.

Vermisst habe sie auch Aussagen zu der drängenden Frage, wie die zahlreichen jungen Flüchtlinge über 18 Jahre angesichts der von SPD, Grünen und SSW für diese Gruppe verweigerten Verlängerung der Schulpflicht jemals die Chance auf eine Berufsausbildung erhalten sollen. „Offenbar hält sich Frau Ernst nur für die Bildung der Altersgruppe unter 18 Jahren für zuständig. Diese mit Abstand größte Gruppe der Flüchtlinge wird von der Landesregierung völlig vernachlässigt“, erklärte die Abgeordnete Franzen.

Im Hinblick auf die Behauptung der Ministerin, sie sei stolz darauf, den von der Vorgängerregierung geplanten Abbaupfad um 2000 Stellen korrigiert zu haben, stellte die CDU-Abgeordnete das Verhältnis zu den in dieser Zeit um fast zwei Milliarden Euro gestiegenen Einnahmen pro Jahr her.

„Von zwei Milliarden zusätzlichen Euro geben SPD, Grüne und SSW gerade einmal 100 Millionen für zusätzliche Lehrerstellen aus. Bei diesen mickrigen fünf Prozent kann niemand ernsthaft von einer Prioritätensetzung sprechen. Das ständige Eigenlob von SPD, Grünen und SSW ist angesichts dieser Fakten schlicht unanständig“, so Franzen.

Wenig Verständnis zeigte Franzen hinsichtlich des Plädoyers der Ministerin für Kettenverträge bei Lehrkräften. „Zeitverträge für Vertretungskräfte sind unvermeidlich. Aber wenn ein Wirtschaftsunternehmer so mit Zeitverträgen umgehen würde wie das Bildungsministerium, würde Ralf Stegner vor dem Werkto eine Demo veranstalten“, sagte die CDU-Abgeordnete.